Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Rentenversicherung greift auf Rücklage zurück – Ausgaben übersteigen erstmals Einnahmen

Michael Fiedler

Die Beitragseinnahmen steigen kräftig, trotzdem reicht das Geld 2025 nicht aus: Mit 426,5 Milliarden Euro lagen die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung über den Einnahmen von 422,6 Milliarden Euro. Das Defizit konnte aus der Nachhaltigkeitsrücklage ausgeglichen werden. Doch genau diese Reserve soll in den kommenden Jahren weiter abschmelzen – um den Beitragssatz möglichst lange stabil zu halten.

Ausgaben steigen auf 426,5 Milliarden Euro

Die Rentenausgaben erhöhten sich 2025 um 5,4 Prozent. Insgesamt stiegen die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung sogar um 5,9 Prozent auf 426,5 Milliarden Euro. Damit standen Einnahmen von 422,6 Milliarden Euro Ausgaben von 426,5 Milliarden Euro gegenüber. Alexander Gunkel, alternierender Vorsitzender des Bundesvorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund für die Arbeitgeberseite, nennt neben den hohen Rentenanpassungen der Jahre 2024 und 2025 vor allem einen strukturellen Grund: die demografische Entwicklung. Der aktuelle Rentenwert war zum 1. Juli 2025 um weitere 3,74 Prozent auf 40,79 Euro gestiegen. Bereits im Vorjahr hatte es eine Rentenanpassung um 4,57 Prozent gegeben.

Rücklage sinkt um 3,1 Milliarden Euro

Aufgefangen wurde das Defizit durch die Nachhaltigkeitsrücklage. Sie belief sich Ende 2025 noch auf 41,4 Milliarden Euro. Innerhalb eines Jahres ging sie damit um 3,1 Milliarden Euro zurück. Umgerechnet entsprach die Reserve Ende des Jahres rund 1,38 Monatsausgaben. Damit lag sie weiterhin innerhalb des gesetzlich vorgesehenen Korridors. Der Rückgang ist allerdings keine einmalige Erscheinung. Bereits 2024 war die Rücklage leicht von 45,0 auf 44,4 Milliarden Euro gesunken. Ende 2023 hatte sie mit 45 Milliarden Euro noch oberhalb des damals vorgesehenen Korridors gelegen. Damit hat sich die Richtung innerhalb weniger Jahre verändert: Aus dem Aufbau der Reserve ist ihr schrittweiser Verbrauch geworden.

Rücklage soll weiter abschmelzen

Und dieser Prozess ist ausdrücklich vorgesehen. Gunkel erklärt im Jahresbericht, die Nachhaltigkeitsrücklage werde in den kommenden Jahren zur Stabilisierung des Beitragssatzes planmäßig bis auf das Niveau der Mindestrücklage abgeschmolzen. Diese Untergrenze wurde ab 2026 immerhin

angehoben. Statt bisher 0,2 müssen künftig mindestens 0,3 Monatsausgaben vorgehalten werden. Die Selbstverwaltung der Rentenversicherung hatte sich wiederholt für eine höhere Mindestreserve eingesetzt. Anja Piel, alternierende Vorsitzende des Bundesvorstandes für die Versichertenseite, warnt zugleich davor, aus einem einzelnen Defizitjahr eine Finanzierungskrise abzuleiten. Ein Jahresausgleich sei in einem umlagefinanzierten System kein Ausnahmezustand. Genau für solche Situationen sei die Nachhaltigkeitsrücklage vorgesehen. Der Beitragssatz liegt weiterhin bei 18,6 Prozent, das gesetzlich festgelegte Rentenniveau bei 48 Prozent.

Bundesmittel bleiben ein wesentlicher Finanzierungsbaustein

Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung beruht allerdings längst nicht allein auf Beiträgen. 2025 beliefen sich allein die Bundeszuschüsse zur allgemeinen Rentenversicherung auf 93,2 Milliarden Euro. Weitere 19,2 Milliarden Euro zahlte der Bund für Kindererziehungszeiten. Hinzu kamen unter anderem 4,8 Milliarden Euro zur Deckung des Defizits der knappschaftlichen Rentenversicherung sowie 6,1 Milliarden Euro für Rentenzahlungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR. Die Bundeszuschüsse dienen insbesondere der Finanzierung sogenannter nicht beitragsgedeckter Leistungen. Nach der jüngsten von der DRV angeführten Berechnung beliefen sich diese Leistungen bereits 2023 auf rund 124,1 Milliarden Euro und lagen damit über den Bundeszuschüssen zur allgemeinen Rentenversicherung. Gerade um die Bundesmittel gibt es seit Jahren Konflikte. Bereits im Jahresbericht 2023 kritisierte die Selbstverwaltung, dass der Bund zunächst Sonderzahlungen von jährlich 500 Millionen Euro gestrichen und anschließend die Bundeszuschüsse für die Jahre 2024 bis 2027 um jeweils weitere 1,2 Milliarden Euro gekürzt habe. Piel warnte damals ausdrücklich davor, dass dadurch die Nachhaltigkeitsrücklage schneller abgeschmolzen werden und eine Erhöhung des Beitragssatzes früher oder stärker notwendig werden könnte.

Demografie erhöht den Druck

Der Rückgriff auf die Reserve löst deshalb das langfristige Finanzierungsproblem nicht. Er verschiebt zunächst den Zeitpunkt, zu dem steigende Ausgaben stärker über Beiträge oder Bundesmittel aufgefangen werden müssen. Zusätzlichen Druck erzeugt das Rentenpaket 2025. Das Rentenniveau soll bis 2031 bei mindestens 48 Prozent stabilisiert werden; der Nachhaltigkeitsfaktor bleibt bis dahin ausgesetzt. Dadurch fallen die Rentenanpassungen höher und die Rentenausgaben entsprechend größer aus. Die zusätzlichen Kosten sollen vom Bund erstattet werden. Gunkel erinnert im Jahresbericht allerdings daran, dass gesetzlich zugesagte Bundesmittel in der Vergangenheit mehrfach nachträglich gekürzt worden seien. Entsprechend skeptisch sehe die Selbstverwaltung die Finanzierungsgarantie. Damit ist die Finanzlage der Rentenversicherung 2025 noch keine akute Krise. Die Rücklage erfüllt gerade die Aufgabe, für die sie geschaffen wurde, und der Beitragssatz bleibt stabil. Die eigentliche Frage beginnt dahinter: Je weiter die Reserve planmäßig abschmilzt, desto kleiner wird der Puffer zwischen steigenden Rentenausgaben und der politischen Entscheidung, wer die zusätzlichen Kosten künftig trägt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951589/Rentenversicherung-greift-auf-Ruecklage-zurueck---Ausgaben-uebersteigen-erstmals-Einnahmen/